



Michael Donth
Mitglied des Bundestages



Nr. 7 - 14. März 2018

I. Die politische Lage in Deutschland

Wir wählen Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin.

Heute haben wir Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin gewählt. Damit kann die vierte unionsgeführte Bundesregierung in Folge gebildet werden. Am vergangenen Montag haben die Spitzen von CDU, CSU, SPD und der Koalitionsfraktionen den Koalitionsvertrag unterzeichnet und damit die politische Grundlage für die Koalition bis 2021 gelegt. Mit der Wahl der Bundeskanzlerin kommt die Regierungsbildung dorthin, wo sie nach dem Grundgesetz hingehört: in den Deutschen Bundestag. Am Mittwoch wurden die Minister der neuen Bundesregierung berufen und ebenso wie die Bundeskanzlerin vereidigt. Selbst wenn der Weg hin zur Bildung dieser Regierung alles andere als einfach war, halten wir fest: Es ist endlich gelungen. Wir Abgeordnete geben unserem Land in dieser Woche eine stabile Bundesregierung. Und dann heißt es: ran an die Arbeit!

Der Koalitionsvertrag enthält eine ganze Reihe wichtiger Vorhaben. Wir müssen als Fraktion darauf achten, dass wir bei den entscheidenden Fragen bis 2021 zügig vorankommen. Daher setzen wir Schwerpunkte bei der Digitalisierung, dem Ausbau des schnellen Internets, der Beschleunigung der Planung und des Baus von Straßen und Schienen, der Stärkung der Schulen durch den Bund sowie bei der Entlastung von Familien. Damit machen wir Deutschland stark für die Zukunft. Zugleich begegnen wir mit einer konsequenten Migrationspolitik, null

Liebe Leserin, lieber Leser,

heute früh wurde Dr. Angela Merkel zum vierten Mal zur Bundeskanzlerin gewählt. Bei der Wahl im Bundestag erhielt die CDU-Vorsitzende die Stimmen von 364 Abgeordneten und damit die erforderliche Kanzlermehrheit.



Am Nachmittag erhielten auch die 15 Minister ihre Ernennungsurkunde vom Bundespräsidenten. Der sagte: "Es ist gut, dass die Zeit der Ungewissheit und Verunsicherung vorbei ist. Es ist gut, dass drei Parteien bereit und willens sind, Regierungsverantwortung zu übernehmen." Auf die neue Koalition sieht er angesichts innen- und außenpolitischer Herausforderungen „Bewährungsjahre für die Demokratie“ zukommen. Deutschland müsse zeigen, „dass liberale Demokratien handlungsfähig und zukunftsfähig sind“. Dem schließe ich mich an und gratuliere allen Neu- bzw. Wiedergewählten herzlich.

Ihr Michael Donth

Toleranz gegenüber Kriminalität und einer angemessenen Renten- und Pflegepolitik den Sorgen der Menschen. Wir werden alles daran setzen, dass wir in dieser Großen Koalition unser eigenes Profil zeigen werden.

Die Menschen in Deutschland können sich auf CDU und CSU verlassen. Mit einer guten Mischung aus neuen Gesichtern und Erfahrung zeigen wir in der Bundesregierung, dass wir auch das richtige Personal dafür haben. Unser Motto ist: Dynamik für unser Land, Zusammenhalt und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

Handelskonflikt mit den USA vermeiden.

US-Präsident Trump hat bereits für Ende März Strafzölle von 25 Prozent auf Stahl- und 10 Prozent auf Aluminiumzufuhren angekündigt. Nun droht er auch mit höheren Zöllen auf Autoimporte aus Europa, um insbesondere deutsche Hersteller zu treffen. Nur Kanada und Mexiko sollen bis auf weiteres von Strafzöllen ausgenommen bleiben, weitere in Aussicht gestellte Ausnahmen sind unklar.

Ziel der zuständigen EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström ist es, dass die Europäische Union als enger Verbündeter der USA ebenfalls ausgenommen wird. Gemeinsam mit den USA und Japan will sie ein Maßnahmenpaket entwickeln, um auf dem Weltmarkt für Stahl vor allem Überkapazitäten aus China zu begegnen. Das ist der richtige Ansatz. Um die zerstörerischen Wirkungen von Handelsschranken zu verdeutlichen, ist es ebenso richtig, dass die EU-Kommission ein WTO-Verfahren einleiten möchte und gleichzeitig eine Liste mit US-Produkten erstellt hat, für die Gegenzölle eingeführt werden könnten. Zudem ist es wichtig, unsere Industrie vor erheblichen Umlenkungseffekten zu schützen.

Unser Ziel muss es sein, eine Spirale des Protektionismus zu vermeiden. Freier Handel mehrt Wohlstand, Protektionismus schadet ihm.

Deutschlands Beitrag für Frieden und Sicherheit – weltweit.

In Tagen, in denen wir über die Ausstattung der Bundeswehr sprechen, beraten und beschließen wir die Fortsetzung von Auslandsmandaten unserer Armee an den Brennpunkten dieser Welt. In Afghanistan stehen unsere Soldaten schon seit langer Zeit in einem schwierigen Umfeld, der neue Lagebericht unterstreicht dies. Wir stehen aber zu unserem Einsatz für Ordnung und Perspektive in Afghanistan – so wie in Mali, im Irak oder im Südsudan. Gleiches gilt für den Auslandseinsatz zur Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung des Iraks. Mit unserer Entscheidung senden wir mutige Männer und Frauen in gefährliche Einsätze. Wir stehen dabei an der Seite unserer Partner und Freunde in Europa und in der NATO.

Selbst wenn unser Land seit langer Zeit in seiner Geschichte nur von Freunden umgeben ist, er-

kennen wir mehr und mehr, dass wir uns darauf nicht zurückziehen können. Wir müssen uns darauf einstellen, in Europa und in der Welt stärker Verantwortung zu übernehmen, denn die USA werden sich voraussichtlich mehr und mehr zurückziehen.

Wir stehen dafür ein, die Bundeswehr so auszustatten, dass sie neben der Stabilisierung in der Welt auch glaubhaft für die Verteidigung unseres Landes im NATO-Bündnis sorgen kann. Nachdem der Haushalt seit Jahren von der sogenannten Friedensdividende profitiert hat, werden wir nun wieder mehr für die Ausrüstung der Bundeswehr tun müssen – für unsere Sicherheit und ein starkes transatlantisches Bündnis.

II. Die Woche im Parlament

Wahl und Eidesleistung der Bundeskanzlerin, Eidesleistung der Bundesminister. Bundespräsident Steinmeier hat dem Deutschen Bundestag Angela Merkel zur Wahl als Bundeskanzlerin nach Art. 63 Abs. 1 GG vorgeschlagen. Die Wahl erfolgt ohne Aussprache. Nach erfolgreicher Wahl und Ernennung durch den Bundespräsidenten leisten die Bundeskanzlerin und die Bundesminister vor dem Plenum des Deutschen Bundestages den Amtseid nach Art. 56 GG.

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks. Mit diesem Mandat werden wir erstmalig das Mandat zur Peshmerga-Ausbildung im Nord-Irak sowie das Mandat zur Beteiligung an den Maßnahmen zur Unterbindung terroristischer Handlungen durch den IS zusammengelegen. Die Mandatsobergrenze von insgesamt 1.350 Soldaten wird auf nunmehr 800 Soldaten abgesenkt, da der Kampf gegen den IS nicht mehr in der Fläche, sondern lediglich in einzelnen Gebieten notwendig ist. Im Rahmen der internationalen Anti-IS-Koalition beteiligt sich die Bundeswehr weiterhin an der Luftaufklärung und -betankung, an der Bereitstellung von Stabspersonal sowie an der AWACS-Luftraumkoordinierung. Neu hinzu kommt eine Ausbildungskomponente, welche die spezialisierte militärische Ausbildung der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte im gesamten Land beispielsweise bei der medizinischen Versorgung oder der Beseitigung von Minen und Kampfmitteln ermöglicht. Um einen geordneten Übergang der Führungsverantwortung in Erbil zu gewährleisten, soll die Wahrnehmung der Koordinierungs- und Führungsfunktion im „Kurdistan Training Coordination Center“ (KTCC) noch bis Ende Juni 2018 erfolgen. Die Verlängerung des Mandats wird auf sieben Monate bis zum 31. Oktober 2018 beschränkt, um eine eventuelle Verzahnung mit einer in Planung befindlichen NATO-Mission zu ermöglichen.

Erste Lesung der Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte in Afghanistan, im Sudan, Südsudan sowie im Mittelmeer.

III. Daten und Fakten

Deutschland und USA weiterhin wichtige Handelspartner. Im Jahr 2017 waren die USA bereits das dritte Jahr in Folge der wichtigste Abnehmer deutscher Waren. Die Exporte von Deutschland in die Vereinigten Staaten summierten sich auf Güter im Wert 111,5 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil von knapp neun Prozent am deutschen Gesamtexport. Auf dem amerikanischen Markt sind vor allem Fahrzeuge und Fahrzeugteile „Made in Germany“ gefragt (29 Milliarden Euro), gefolgt von Maschinen (19 Milliarden Euro) und pharmazeutischen Produkten (13,5 Milliarden Euro). Die Metall-Exporte beliefen sich im Jahr 2017 auf knapp 3,6 Milliarden Euro. Die Exporte amerikanischer Firmen nach Deutschland betragen im selben Jahr 53,5 Milliarden US-Dollar. Damit landet Deutschland auf Platz sechs der wichtigsten Abnehmer von US-amerikanischer Waren. *Quelle: Reuters*

Mehr Frauen leben von eigener Erwerbstätigkeit. Im Jahr 2016 bestritten nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamts 72 Prozent der Frauen im Alter von 25 und 55 Jahren ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit. Dieser Anteil lag vor zehn Jahren mit 64 Prozent noch deutlich niedriger, wie aus der Statistik anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März hervorgeht. Auch regionale Unterschiede sind weiterhin erkennbar: Während der Anteil im Osten bei 77 Prozent lag, finanzierten sich im Westen lediglich 70 Prozent der Frauen ihren Lebensunterhalt vorrangig durch eigene Erwerbstätigkeit. Der Anteil aller Frauen zwischen 25 und 55 Jahren, die den überwiegenden Lebensunterhalt aus Einkünften des Partners oder von anderen Familienangehörigen bestreiten, sank gegenüber dem Jahr 2006 bundesweit von 23 auf 16 Prozent im Jahr 2016. *Quelle: Statistisches Bundesamt*

IV. In eigener Sache

Union lehnt Abschaffung des Paragraph 219a kategorisch ab – SPD lenkt ein

In den vergangenen Tagen erhielt ich eine Vielzahl an Mails und Anrufen, weil die SPD im Bundestag – gegen unseren erklärten Willen – die Abschaffung des Paragraph 219a Strafgesetzbuch „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ per Gesetz durchsetzen wollte.

Fakt ist, dass die SPD einen entsprechenden Gesetzentwurf schon im Dezember 2017 vorgelegt hat, also vor unseren Koalitionsverhandlungen. Eine Behandlung im Bundestag auf Initiative der SPD ist bislang nicht erfolgt, weil während der Koalitionsverhandlungen nach einer gemeinsamen Lösung gesucht wurde. Eine solche wäre aber nur möglich gewesen, wenn wir uns als CDU auf einen inhaltlich faulen Kompromiss eingelassen hätten. Dies haben wir bewusst nicht getan, weil das Konzept zum Schutz ungeborenen Lebens, dessen Bestandteil auch das Werbeverbot im §219a StGB ist, nicht verändert werden soll und darf.

Ungeborenes Leben hat eine eigene Rechtsqualität. Es ist verfassungsrechtlich geschützt. Schwangerschaftsabbrüche sind nach wie vor rechtswidrig, auch wenn sie in bestimmten Fällen straffrei gestellt werden. Ein Abbruch ist auch für die betroffenen Frauen eine schwere Entscheidung und ein schwerwiegender Eingriff. Deshalb haben wir die Pflicht zur umfassenden Beratung. Deshalb darf der, der berät, nicht den Abbruch vornehmen. Deshalb ist ein Schwangerschaftsabbruch keine normale medizinische Dienstleistung, für die in Anzeigen oder über das Internet geworben werden darf. Dies vertritt unsere gesamte Fraktion. Diese klare Haltung werden wir auch im Bundestag und bei den Diskussionen und Abstimmungen vertreten. Das sind unsere klaren Worte hierzu, die Sie in Ihrer Mail berechtigterweise fordern.

Nach mehreren Gesprächen mit der SPD-Spitze, zeigte sich die SPD bereit, ihren Gesetzesvorschlag vorerst nicht weiter zu verfolgen. Gut, dass wir als Fraktion geschlossen aufgetreten sind! Ich hoffe, dass dies das letzte irritierende Geplänkel war und wir uns jetzt endlich der Sacharbeit widmen können.

Unsere CDU Baden-Württemberg stark vertreten

Das starke Baden-Württemberg-Trio in der Führungsriege in Berlin mit Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, Fraktionsvorsitzendem Volker Kauder und Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz –zukünftig Staatsministerin-, wird durch vier Parlamentarische Staatssekretäre aus dem Ländle verstärkt. Und zwar mit unserem Bezirksvorsitzenden Thomas Bareiß im Bundeswirtschaftsministerium, Norbert Barthle im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Steffen Bilger im Verkehrsministerium sowie Hans-Joachim Fuchtel im Landwirtschaftsministerium. Damit sind wir Baden-Würtemberger stark in der neuen Bundesregierung vertreten. Herzlichen Glückwunsch!



V. Ausgewählte Termine im Wahlkreis (und darüber hinaus)

Datum	Uhrzeit	Veranstaltung	Ort
16.3.	18:30	100 Jahre Verein für Volksbildung	Reutlingen, VHS
17.3.	18:00	Mitgliederversammlung CDU Zwiefalten	Zwiefalten, „Mohren“